

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

9/XXIV/204

Bonn, den 24. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Die Direktwahl des Europäischen Parlaments</u> Von Dr. Hans Apel, MdB, Mitglied des Europäischen Parlaments	40
2 - 3	<u>Luftschmutzbekämpfung</u> Großer Erfolg in Nordrhein-Westfalen	70
4	<u>Vietnamhilfe - außenpolitischer Sprengstoff</u> Schatten über schwedisch-amerikanische Beziehungen	51
5 - 6	<u>Pariser Perspektiven</u> Neue Chancen für die deutsch-französischen Beziehungen Von Georg Scheuer, Paris	67

Die Direktwahl des Europäischen Parlaments

Von Dr. Hans Apel, MdB,
Mitglied des Europäischen Parlaments

Angesichts des Ablaufs der Übergangszeit der EWG lebt die Diskussion um die Verstärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und seine Direktwahl wieder auf. Es wird dabei immer wieder der Eindruck erweckt, als hingen beide Forderungen in ihrer Verwirklichung weitgehend voneinander ab.

Das ist falsch. Vorrangig kommt es darauf an, dem Europäischen Parlament zusätzliche Entscheidungsbefugnisse zu geben. Grundsätzlich müssen alle Befugnisse, die den nationalen Parlamenten verlorengehen, dem Europäischen Parlament zufallen. Dem Europäischen Parlament in seiner aktuellen Zusammensetzung kann nicht entgegengehalten werden, ihm fehle die demokratische Legitimation der direkten Wahl seiner Mitglieder.

Jedes Mitglied des Europäischen Parlaments ist gleichzeitig direkt in das jeweilige nationale Parlament gewählt worden. Dieses Parlament hat ihn in einem Wahlakt in das Europäische Parlament gewählt. - Die Mitglieder des deutschen Bundesrates üben ebenso Legislativbefugnisse aus wie die Mitglieder des französischen Senats. Auch die Mitglieder dieser Kammern sind nicht direkt vom Volk gewählt. Sie üben dennoch echte Gesetzgebungsbefugnisse aus.

Das bedeutet keineswegs, daß die Forderung nach einer Direktwahl des Europäischen Parlaments unwichtig ist. Ihr kommt durchaus Bedeutung zu. Schlecht wäre es lediglich, wenn es zu Direktwahlen käme, ohne daß vorher dem Europäischen Parlament echte Legislativbefugnisse zuwachsen würden. Eine solche Wahl wäre doch ein recht gefährliches Umfängen, könnte sie doch den Antidemokraten leicht das Argument von Scheinwahlen in die Hände spielen. Eine solche Wahl würde ferner mit einiger Sicherheit dazu führen, daß das Europäische Parlament personell nicht das Niveau haben würde, das vonnöten wäre. Denn wer würde sich schon in das Europäische Parlament wählen lassen und damit aus seinem nationalen Parlament ausscheiden, wenn er nationale Mitentscheidung aufgeben muß für unverbindliches europäisches Diskutieren.

Dennoch stellt sich die Frage, ob nicht ein direkt gewähltes Europäisches Parlament durch seine stärkere demokratische Legitimation so viel Einfluß gewinnen könnte, um echte Legislativbefugnisse zu erkämpfen. Ich glaube nicht an diese Chance. Denn das Gewähltsein beeindruckt niemanden. Zudem hätte dieses Europäische Parlament sicherlich nicht die Kraft zu revolutionären Taten. Wir dürfen uns deshalb nicht auf die Direktwahl abdrängen lassen, wenn dem Europäischen Parlament nicht zumindest zu gleicher Zeit echte Legislativbefugnisse zuwachsen.

Luftschmutzbekämpfung

. Großer Erfolg in Nordrhein-Westfalen

Jahr - 1963/64 fielen noch 312.000 Tonnen Industriestaub auf das dicht besiedelte Ruhrgebiet. Bis 1967/68 verringerte sich diese Menge auf 251.000 Tonnen. In den industriellen Ballungszentren von Nordrhein-Westfalen, wie z.B. im Ruhrgebiet und im Großraum Köln, mit einer mittleren Bevölkerungsdichte von etwa 1.300 Einwohnern je Quadratkilometer und - an manchen Schwerpunkten - sogar mit 3.000 Einwohnern/Quadratkilometer sind 80 Prozent der Kohlegewinnungs- und Verarbeitungsbetriebe, 80 Prozent der Stahlindustrie, 50 Prozent der chemischen Grundstoffindustrie und 35 Prozent der Erdölraffinerien der Bundesrepublik etabliert.

"Reinhaltung der Luft 69"

So heißt eine Ausstellung, die am 14. Oktober 1969, verbunden mit einem Kongreß, in Düsseldorf eröffnet wurde. Dank der Anstrengungen der Landesregierung in Düsseldorf und der Industrie konnte, so ist auf dieser Demonstration der Maßnahmen gegen die Luftverunreinigung zu erfahren, die "Verschmutzung" des Ruhrgebiets erfreulich stark reduziert werden.

Mit einem Finanzaufwand von über 2,3 Milliarden DM hat die nordrhein-westfälische Industrie in den letzten 15 Jahren erhebliche Anstrengungen zur Reinhaltung der Luft, insbesondere in den industriellen Ballungszentren unternommen. Die Erfahrung hat es jedoch gelehrt, daß nicht wenige Industriebetriebe gerade die bei Neuinvestitionen erfordernden Emissionsschutzmaßnahmen scheuen und es deshalb staatlicher Initiative bedurfte, um alle "Verursacher von Luftverunreinigungen - Industrie, Gewerbe, Hausbrand und Verkehr - gleichermaßen zu Verbesserungsmaßnahmen anzuhalten".

So lautet auch einer der wichtigsten Grundsätze, die von der NRW-Landesregierung unter Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) und insbesondere von seinem Arbeits- und Sozialminister Werner Figgen (SPD) aufgestellt worden sind. "Die Maßnahmen zur Luftreinigung müssen sich am Stand der Technik orientieren. Neue Anlagen dürfen nur errichtet und betrieben werden, wenn sie mit dem neuesten Stand der Technik entsprechenden Einrichtungen zur Luftreinigung ausgerüstet sind. Die

Aufwendungen zur Reinhaltung der Luft müssen grundsätzlich die Verursacher von Luftverunreinigungen tragen. Nur eine gut ausgerüstete und organisierte Überwachung garantiert Fortschritte auf dem Gebiet der Luftreinhaltung", so lauten weitere Grundsätze der NRW-Regierung.

17.000 Maßnahmen im Jahr

Es steht außer Zweifel, daß die Erfolge auf dem Gebiet der Luftreinhaltung nicht ohne staatliche Aufsichtsmaßnahmen erzielt worden wären. So wurde die staatliche Gewerbeaufsicht in NRW von 572 auf über 700 Bedienstete verstärkt. Wesentliche Unterstützung erfuhr die Gewerbeaufsicht des industriereichsten Bundeslandes durch die Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz, die mit rund 300 Bediensteten das modernste Institut seiner Art in Europa besitzt.

Die Folge dieser staatlichen Aufsichtsfunktion war das Ansteigen der entweder angeordneten oder vereinbarten Maßnahmen zur Luftreinhaltung in NRW von 13.000 auf rund 17.000 im Jahr.

Das Arbeits- und Sozialministerium ging bei den Verbesserungsmaßnahmen davon aus, daß im Interesse der Bürger, die "Anspruch auf Schutz vor starken Immissionen haben", aber auch "aus rein wirtschaftlichen Überlegungen zum Schutz der betrieblichen Existenz" von Fall zu Fall staatliche Finanzierungshilfen geleistet werden müssen. Diese wurden von der NRW-Regierung erheblich gesteigert, und zwar (ohne Bergbau) von 12 Millionen DM 1966 auf 18 Millionen DM 1967, also nach Bildung der SPD/FDP-Koalition, und auf 21 Millionen DM 1968. Außerdem wurden Steuerermäßigungen für Investitionen in Höhe von rund 520 Millionen DM gewährt, um weitere Maßnahmen zur Luftreinhaltung durchzuführen.

Es muß noch mehr getan werden

Die gesunde Luft des Schwarzwalds, in dem unter fünf Gramm Staub auf einen Quadratmeter niederrieselt, wird es in den Ballungszentren an Rhein und Ruhr niemals geben. Das Ruhrgebiet zum Beispiel ist heute aber bei weitem nicht mehr jenes rauchgeschwängerte Industrierevier früherer Jahrzehnte. Obwohl z.B. im Norden der Ruhrmetropole Essen noch immer 50 Gramm, im Süden der Stadt "Maur" noch ca. 30 gr Staub auf einen Quadratmeter fallen, wurde die Luft im größten industriellen Ballungszentrum Deutschlands erheblich sauberer.

Der weiteren Verschmutzung der Industriegebiete an Rhein und Ruhr wurde ein Riegel vorgeschoben. Trotzdem muß die Luft noch sauberer werden.

Vietnamhilfe - außenpolitischer Sprengstoff

Schatten über schwedisch-amerikanische Beziehungen

sp - Der schwedische Außenminister Torsten Nielsson ist am Wochenende in New York am Rande der UN-Vollversammlung mit dem amerikanischen Außenminister William Rogers zusammengetroffen. Es wurde die Vietnam-Kontroverse, die zwischen beiden Staaten entstanden war, erörtert. Es kann davon ausgegangen werden, daß die USA wieder freundschaftliche Beziehungen zu Schweden aufnehmen.

Nielsson hat seinem amerikanischen Kollegen die Grundlagen der schwedischen Neutralitätspolitik erläutert. Schweden als hoch gebildeter Staat wahrt militärisch strenge Neutralität und läßt sich nicht von machtpolitische Blöcke einspannen. Das bedeutet aber nicht, daß es als freiheitlicher demokratischer Staat seinen Bürgern und auch seinen politischen Führern absolute freie Meinungsäußerung zu internationalen Vorgängen verbietet.

Daraus resultierend hat Schweden seit langem das Vorgehen der USA im Vietnam-Krieg kritisiert, wie es jetzt bei den großen Massendemonstrationen in den USA selbst der Fall gewesen ist. Ebenso offen wurden von schwedischen Politikern der Einmarsch der Warschauer Pakt-Mächte in die Tschechoslowakei oder in der nationalsozialistischen Zeit die Verbrechen des Hitler-Regimes scharf angeprangert. Auch die Kolonialpolitik Portugals in Angola oder Mozambique unterliegt einer deutlichen schwedischen Kritik.

Auf der anderen Seite ist es Bestandteil der humanitären schwedischen internationalen Politik, überall zu helfen. Schweden stellt beachtliche Kontingente der UN-Friedenstruppe und bildet deren Offiziere aus. Es bringt hohe Staatsmittel für die Beseitigung von Hungersnöten, etwa im Biafra-Konflikt, auf.

Als Ausfluß dieser internationalen Friedenspolitik galt die Annäherung von Nielsson Ende September, Schweden bereitet für die nächsten drei Jahre Entwicklungskredite in Höhe von 150 Mio. Mark an Nordvietnam vor, nachdem es mit Hanoi diplomatische Beziehungen aufgenommen hat; diese Entwicklungshilfe wird auf Südvietnam ausgedehnt, wenn die Kampfhandlungen dort zum Stillstand gekommen sind. Das Außenministerium hat ein Exposé für eine Gesamt-Vietnam-Hilfe ausgearbeitet. Alle skandinavischen Staaten werden noch in diesem Monat in Helsinki gemeinsame Hilfsmöglichkeiten für Vietnam untersuchen.

Diese Aussagen sind offenbar in der USA mißverstanden worden. Inzwischen hat man aber in Washington den Wortlaut der Nielsson-Rede studiert und sich über die Hilfsstudie für Vietnam informiert, die im Grunde ja den Amerikanern zum Teil die Last abnimmt, nach ihrem Abzug in Südvietnam für normale Lebensverhältnisse zu sorgen. So war es denn wohl ein Fehlgriff, daß zwei amerikanische Firmen mit der Stornierung nach Schweden vergebenen Aufträge von über 300 Millionen Mark drohten. Die Angelegenheit soll jetzt beigelegt werden.

Das gleiche gilt für die Boykott-Androhung amerikanischer Hafenarbeiter, schwedische Schiffe in den USA zu entladen. Der Vorsitzende der Hafenarbeiter-Gewerkschaft, Thomas Cleason, ist schon von dem schwedischen Gewerkschaftsvorsitzenden Arne Geijer aufgesucht worden. Geijer hat seinen amerikanischen Kollegen daran erinnert, daß Cleason im letzten Jahr Schweden besuchte und sich dabei deutlich hinter die schwedische Außenpolitik, der Kritik Schwedens an Mißständen in der Welt, stellte.

Pariser Perspektiven

Neue Chancen für die deutsch-französischen Beziehungen

Von Georg Scheuer, Paris

Aus französischer Sicht erfolgt der Bonner Regierungswechsel wenige Monate nach der Wachablösung im Elysee; diesseits und jenseits des Rheines sind somit neue Mannschaften mit der Fortsetzung der deutsch-französischen Beziehungen betraut. Die neuen Perspektiven im Verhältnis Bonn - Paris werden an der Seine ausführlich erörtert.

Im Vordergrund steht dabei das, was man auf französisch "Préjudé favorable" nennt, nämlich das "positive Vorurteil", die Hochachtung voller Sympathie für den neuen Bundeskanzler Willy Brandt. Die Bildung einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung wird in Frankreich als historischer Wendepunkt, nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa empfunden und herausgestellt.

Es ist für die weiteren deutsch-französischen Beziehungen von hervorragender Bedeutung, daß der Bundespräsident und Kanzler nicht mehr Lübke und Kiesinger heißen, sondern Heinemann und Brandt. Für die internationalen Beziehungen der Bundesrepublik sind schon allein diese Namen ein unschätzbares moralisches Kapital.

Das heißt nun nicht, daß es zwischen Bonn und Paris keine Probleme gäbe. Es gibt Interessenunterschiede und Meinungsverschiedenheiten. Allerdings liegen sie nicht dort, wo sie die CDU/CSU-Opposition an die Wand malt, ganz im Gegenteil.

So erregen beispielsweise die düsteren Vorhersagen eines Franz Josef Strauß über angebliche französische Befürchtungen bezüglich Brandts Ostpolitik in Paris nur ein müdes Lächeln. Gerade Frankreich ist bekanntlich mit kühnen Schritten in der europäischen Ost-West-Entspannung beispielgebend vorangegangen und hat in dieser Richtung Brandts Außenpolitik stets gebilligt und gefördert.

Kurioserweise haben die "deutschen Gaullisten" den Sinn der Außenpolitik de Gaulles und auch Pompidous immer wieder verkannt und bis zum heutigen Tag nicht begriffen. In ihrer Verblendung glaubte und glauben die deutschen C-Parteien in den französischen Gaullisten - die auf innerpolitischer Ebene eine fast konservative Rolle spielen - "Verbündete" im Kalten Krieg zu finden. In Wirklichkeit steht Frank-

Leichs Europapolitik unter Pompidou ebenso wie unter de Gaulle den Konzepten der neuen Bundesregierung weitaus näher als den überholten Vorstellungen Kiesingers und oder gar Schröders, der durch seine zahlreichen Fehlgriffe für die deutsch-französischen Beziehungen letzten Endes zu einer Belastung wurde.

Diesen Hintergrund muß man kennen, um die grundsätzlich positiven Kriser Reaktionen auf die Regierung Brandt zu verstehen. Die Versuche der CDU/CSU, die neue deutsche Bundesregierung im Ausland und insbesondere in Paris anzuschwärzen, - ein nicht gerade patriotisches Verhalten - haben somit wenig Aussicht auf Erfolg.

Man kennt den neuen Kanzler in Paris schon seit langem als weitblickenden, vorsichtigen und geduligen Staatsmann und begrüßt es, daß er den starren Vorstellungen der vorherigen Bundeskanzler ein Ende setzt. Man weiß aber auch, daß er die Ost-West-Entspannung jetzt nicht "um jeden Preis" ansteuern würde.

Auch den gleichfalls aus CDU-Kreisen kommenden "Prophezeiungen", die Regierung Brandt/Scheel werde die deutsch-französischen Beziehungen einer demonstrativen Bindung mit London opfern, schenkt man in Paris keinen Glauben. Man weiß natürlich, daß die neue Bundesregierung in verstärktem Maße den EWG-Beitritt Großbritanniens befürworten wird. An der Seine hat man sich schon zu de Gaulles Zeiten mit dieser Perspektive abgefunden. Die Frage ist nur noch, mit welchen Fristen und Modalitäten gerechnet werden muß. Paris ist überzeugt, daß die neue Bonner Mannschaft auch auf diesem Gebiet behutsam und pragmatisch vorgehen wird.

Brandts Erklärung im französischen Fernsehen am Mittwochabend, er gebe einige schwierige Probleme zu lösen und man werde an sie im Sinne des 1963 geschlossenen deutsch-französischen Vertrages herangehen, bestätigt den Eindruck, daß die Zusammenarbeit Bonn - Paris in sicheren Händen liegt. Die nächste Gipfelkonferenz wird eine erste Probe sein.

Möglicherweise ist eine Verständigung in europäischen Wirtschafts- und Finanzfragen jetzt eher möglich als in früheren Jahren. Nicht nur, weil Willy Brandt Vertrauen weckt, sondern weil sich auch an der Seine einiges geändert hat und noch ändert. Pompidous Stil unterscheidet sich deutlich von dem seines Vorgängers. Zwischen Bonn und Paris ist die Zeit de Gaulles ebenso Vergangenheit wie die CDU/CSU-Ära. Zu beiden Seiten des Rheins hat eine neue Zeit begonnen.